ANWALTSSOCIETÄT
SATTLEGGER | DORNINGER | STEINER & PARTNER
LINZ WIEN

Klienteninformation 02/2018

HARRACHSTRASSE 6, 4020 LINZ TELEFON: (0732) 657070-0 TELEFAX: (0732) 657070-65
E-MAIL: Linz@anwaltssocietaet.at www.anwaltssocietaet.at

ANWALTSSOCIETÄT
SATTLEGGER | DORNINGER | STEINER & PARTNER
LINZ WIEN

Klienteninformation 02/2018

Sehr geehrte Damen und Herren!
Geschätzte Klienten!

Mit dieser Ausgabe dürfen wir Ihnen einen Newsletter der ARS LEGIS International – Vereinigung von Rechts- und Patentanwälten, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern in deutscher und englischer Sprache zur Kenntnis bringen.

Unsere Anwaltssocietät ist seit vielen Jahren Mitglied dieser Vereinigung, die sich vor allem unter anderem dadurch auszeichnet, dass bei allen ausländischen Mitgliedern deutschsprechende Kollegen tätig sind.

Die vorliegende Ausgabe beschäftigt sich einerseits mit der deutschen Schenkungssteuer bzw. Erbschaftssteuer, welche Steuer in Österreich derzeit nicht existiert aber – wie der Artikel zeigt - durchaus auch Auswirkungen für Österreicher vorhanden sind. Andererseits wird die Gruppenbesteuerung behandelt. Im Bank- und Kapitalmarktrecht ist das Transparenzregister und das WiEReG, das wirtschaftliche Eigentümer-Registergesetz Thema.

Wie immer wünschen wir Ihnen erkenntnisreiches Lesen und stehen Ihnen gerne zur Vertretung und Beratung zur Verfügung.

Ihre
Anwaltssocietät
Sattlegger, Dorninger, Steiner & Partner

STEUERRECHT

1. **Deutsche Schenkungssteuer bzw. Erbschaftssteuer bei Übertragungen zwischen Nichtansässigen**
   - **I. Problem**
   - **II. Steuerpflicht bei Inlandbezug**
   - **III. Fazit**

2. **Die Verwertung von Verlusten im Rahmen der Gruppenbesteuerung im Österreich**
   - **I. Problem**
   - **II. Ausgleich von steuerliche Verlusten mit Gewinnen**
   - **III. Fazit**

BANK- UND KAPTALMATKTRECHT

1.Die zentralen Register der wirtschaftlichen Eigentümer (Transparenzregister) nach der Vierten Geldwäscherichtlinie
- **I. Problem**
- **II. Einführung von zentralen Registern der wirtschaftlichen Eigentümer (Transparenzregister)**
- **III. Fazit**

2.WiEReG – Das wirtschaftliche Eigentümer-Registergesetz

- **I. Tabellarische Aufstellung zur geltenden Rechtslage nach dem WiEReG**
- **II. Glossar**

3.Transparenzregister in Deutschland

HARRACHSTRASSE 6, 4020 LINZ TELEFON: (0732) 657070-0 TELEFAX: (0732) 657070-65
E-MAIL: Linz@anwaltssocietaet.at www.anwaltssocietaet.at

ARS LEGIS ®
INTERNATIONAL

Vereinigung von Rechts- und Patentanwälten,
Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern

Deutschland
Stand: 18.05.2018

Deutsche Schenkungsteuer bzw. Erbschaftsteuer bei Übertragungen zwischen Nichtansässigen

Das Problem

Auch Übertragungen von Vermögen von nicht in Deutschland ansässigen Personen auf andere nicht in Deutschland ansässige Personen im Wege der Schenkung oder durch Erbfall können – was den Beteiligten nicht immer bewusst ist – eine Steuerpflicht nach dem deutschen Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG) begründen. Die Beteiligten sind in diesem Fall zur Anzeige der Vermögensübertragung bei den deutschen Finanzbehörden sowie ggf. zur Abgabe von Steuererklärungen verpflichtet. Das Unterlassen der Anzeige oder der Abgabe von Steuererklärungen kann empfindliche Sanktionen nach sich ziehen.

Steuerpflicht bei Inlandsbezug

unbeschränkte Steuerpflicht

Eine unbeschränkte Steuerpflicht in Deutschland bezüglich des gesamten unentgeltlich übertragenen Vermögens – egal, ob sich dieses Vermögen in Deutschland oder im Ausland befindet – besteht stets, wenn entweder der Schenker bzw. Erblasser oder der Erwerber „Inländer" im Sinne des Gesetzes ist, also in Deutschland einen Wohnsitz (auch einen bloßen Zweitwohnsitz) oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Auf die Staatsangehörigkeit der Beteiligten kommt es dabei nicht an.

erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht

Deutsche Staatsangehörige gelten allerdings auch nach ihrem Wegzug aus Deutschland noch für weitere 5 Jahre – bei Wegzug in die USA sogar für 10 Jahre – als Inländer (sogenannte „erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht").

beschränkte Steuerpflicht

Sind weder der Schenker bzw. Erblasser noch der Erwerber Inländer, besteht regelmäßig eine beschränkte Steuerpflicht nur bezüglich derjenigen übertragenen Vermögensgegenstände, die „Inlandsvermögen" gemäß der abschließenden Aufzählung in § 121 des Bewertungsgesetzes (BewG) darstellen.
Hierunter fallen insbesondere in Deutschland gelegene Grundstücke sowie Forderungen, die durch inländischen Grundbesitz besichert sind, aber auch Betriebsvermögen einer deutschen Betriebsstätte (auch mittels Beteiligungen an Personengesellschaften) sowie Beteiligungen als stiller Gesellschafter an einem inländischen Handelsgewerbebetrieb oder partiarische Darlehen an einen inländischen Schuldner. Inlandsvermögen ist aber auch eine Beteiligung an einer inländischen Kapitalgesellschaft, wenn der Schenker bzw. Erblasser vor der Übertragung alleine oder zusammen mit ihm nahestehenden Personen unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 10% an der Kapitalgesellschaft beteiligt war.

erweitert beschränkte Steuerpflicht

War der Schenker bzw. Erblasser vor seinem Wegzug deutscher Staatsbürger, in den letzten 10 Jahren vor seinem Wegzug für mindestens 5 Jahre in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtig und ist er in ein Niedrigsteuerland weggezogen, besteht für 10 Jahre nach dem Wegzug eine sogenannte „erweiterte beschränkte Steuerpflicht" nach § 4 des Außensteuergesetzes (AStG). Kann in diesem Fall nicht eine bestimmte Mindestbelastung mit ausländischer Schenkung- bzw. Erbschaftsteuer nachgewiesen werden, unterliegen über den Katalog des Inlandsvermögens im Sinne des § 121 BewG hinaus praktisch sämtliche inländischen Vermögensgegenstände der Steuerpflicht, darunter Guthaben bei inländischen Banken, Forderungen gegen inländische Gläubiger, Beteiligungen an inländischen Kapitalgesellschaften (unabhängig von der Höhe der Beteiligung) und sämtliche beweglichen Wirtschaftsgüter, die sich im Inland befinden.

Fazit

Fachkundigen Rat einholen

Ist der Schenker bzw. Erblasser oder der Erwerber innerhalb der letzten 10 Jahre vor der zu beurteilenden Vermögensübertragung aus Deutschland weggezogen, sollte eine mögliche deutsche Schenkungsteuerpflicht bzw. Erbschaftsteuerpflicht der Vermögensübertragung sorgfältig geprüft werden. Auch wenn keiner der Beteiligten jemals in Deutschland ansässig war, sollte fachkundiger Rat eingeholt werden, wenn zu dem übertragenen Vermögen Immobilien, Beteiligungen an in Deutschland ansässigen oder tätigen Betrieben, Beteiligungen an deutschen Kapitalgesellschaften oder ähnliche inländische Vermögensgegenstände gehören.

Autor:
Stefan Raster
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
FORUM von Seelstrang & Partner mbB Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer
Brienner Straße 55, 80333 München
www.vonseelstrang-partner.de

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Der Inhalt dieses Newsletters ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Dieser Newsletter ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

ARS LEGIS®
INTERNATIONAL

Vereinigung von Rechts- und Patentanwälten, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern

Österreich
Stand: 15.06.2018

Die Verwertung von Verlusten im Rahmen der Gruppenbesteuerung in Österreich

Das Problem

Entstehen bei Betrieben, die in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft (GmbH, AG) geführt werden, steuerliche Verluste, können diese Verluste oftmals von den Gesellschaftern gar nicht oder nur mit Einschränkungen steuerlich genutzt werden. Verluste in der Kapitalgesellschaft dürfen im Gegensatz zu Personengesellschaften nur mit zukünftigen Gewinnen in der Gesellschaft verrechnet werden und haben keinen steuersparenden Effekt beim Gesellschafter. Insbesondere in der Konzernsteuerplanung führt das oft zu unbefriedigenden Steuerbelastungen.

Ausgleich von steuerlichen Verlusten mit Gewinnen

Einzigartige Möglichkeit

Das österreichische Steuerrecht bietet eine – meines Wissens in Europa einzigartige – Möglichkeit, Verluste einer Kapitalgesellschaft innerhalb eines Konzerns mit Gewinnen anderer Gesellschaften zu verrechnen und somit die Gesamtsteuerbelastung zu reduzieren. Die Lösung heißt: Bildung einer steuerlichen Unternehmensgruppe.

vertikaler als auch ein horizontaler Verlustausgleich möglich

Zur Bildung einer Unternehmensgruppe im Sinne des österreichischen Körperschaftsteuergesetzes (KStG) bedarf es lediglich einer ausreichenden finanziellen Verbindung (d.h. mehr als 50% Anteil am Kapital und Stimmrechtsmehrheit), sowie des Abschlusses eines Gruppenvertrages zum Zweck des Steuerausgleiches und eines entsprechenden Antrags an das Finanzamt. Die an der Spitze der Gruppe stehende Gesellschaft wird Gruppenträger genannt. Die darunter hängenden ausreichend finanziell verbundenen Gesellschaften (Gruppenmitglieder) ermitteln einzeln ihre steuerlichen Ergebnisse, welche sodann dem Gruppenträger steuerlich zugerechnet werden und als Gesamtsaldo die Basis für die Körperschaftsteuer beim Gruppenträger bilden. Dadurch ist im Konzern sowohl ein vertikaler als auch ein horizontaler Verlustausgleich möglich.

Nachversteuerungspflicht für Auslandsverluste

Gruppenmitglieder können sowohl in Österreich ansässige als auch ausländische Kapitalgesellschaften sein. Als ausländische Gruppenmitglieder werden jedenfalls Gesellschaften aus EU-Staaten, aber auch aus Drittstaaten, die einen entsprechenden Informationsaustausch mit Österreich vereinbart haben, akzeptiert. Bei ausländischen Gruppenmitgliedern kommt es nur zu einer Zurechnung von Verlusten. Die Verluste ausländischer Gruppenmitglieder müssen nach österreichischen Gewinnermittlungsvorschriften umgerechnet werden und unterliegen bestimmten Beschränkungen. Grundsätzlich können Auslandsverluste jedoch bis zu einem Betrag von 75% der inländischen Einkünfte bei der Ermittlung der Steuerbasis des Gruppenträgers abgezogen werden. Die derart in Österreich berücksichtigten Auslandsverluste unterliegen einer Nachversteuerungspflicht, sobald im jeweiligen Ausland ein steuerlicher Verlustabzug möglich ist.

Beispiel

Einkünfte des Gruppenträgers in Österreich im Jahr 2018: 200.000, Tochtergesellschaft A in Österreich hat 2018 Einkünfte (Verluste) von -20.000. Tochtergesellschaft B in Bulgarien hat Einkünfte (Verluste) von -30.000. Der Gruppenträger zahlt 2018 in Österreich 25% Körperschaftsteuer von 150.000, also eine Steuer in Höhe von 37.500. Erzielt die Tochtergesellschaft B im Jahr 2019 in Bulgarien einen Gewinn von 50.000 und kann in Bulgarien der Verlust aus 2018 in Höhe von 30.000 abgezogen werden, so hat auch in Österreich eine Nachversteuerung der aus Bulgarien zugewiesenen Verluste von 30.000 im Jahr 2019 zu erfolgen.

Fazit

langfristig vorteilhafte Konstellationen

Sinn und Zweck der österreichischen Gruppenbesteuerung ist zweifellos eine steuerliche Begünstigung der österreichischen Betriebe, die ins Ausland expandieren und dort in der Anlauf- und Aufbauphase Verluste erleiden. Die Praxis der letzten Jahre zeigt aber auch, dass sich bei entsprechenden Sachverhalten und der passenden steuerlichen Gestaltung für viele Unternehmen steuerlich langfristig vorteilhafte Konstellationen ergeben können, die über jeden Missbrauchsverdacht erhaben sind.

Autor:
Andreas Horvath
Steuerberater
DIE Wirtschaftstreuhänder – Bauer & Partner Steuerberatung GmbH
Rudolfsplatz 6/5; 1010 Wien
www.diewt.at

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Der Inhalt dieses Newsletters ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Dieser Newsletter ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

ARS LEGIS®
INTERNATIONAL

International network of lawyers, patent attorneys, auditors and tax consultants

NEWSLETTER

TAX LAW

Edition 1 / 2018

Index:

1. German gift tax and inheritance tax in transfers between non-residents

   I. The Problem
   II. Tax liability of German residents
   III. Conclusion

2. Treatment of losses in Austrian group taxation

   I. The problem
   II. Offsetting tax losses against profits
   III. Conclusion

ARS LEGIS®
INTERNATIONAL

International network of lawyers, patent attorneys, auditors and tax consultants

Germany
18 May 2018

German gift tax and inheritance tax in transfers between non-residents

The Problem

Not many of those involved are aware of the fact that transfers of assets by gift or inheritance between non-German residents are taxable under the German Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz (Inheritance and Gift Act, ErbStG). The parties involved are required to notify the German tax authority of the transfer of assets and to submit relevant tax returns if necessary. Failure to report a transfer or to file tax returns may entail severe sanctions.

Tax liability of German residents

unlimited tax liability

In Germany, unlimited tax liability regarding the total assets transferred without consideration - irrelevant of the fact whether those assets are located in Germany or abroad - applies at all times in case either the transferor/testator or the transferee are "residents" by law, including individuals whose primary (or secondary) residence or whose habitual residence is in Germany. The nationality of the parties involved is irrelevant.

extended unlimited tax liability

In this context it is important to note that German nationals are deemed domestic residents for five years after leaving Germany and, in the case of emigrating to the United States, for ten years (referred to as "extended unlimited tax liability").

limited tax liability

If neither the transferor nor the transferee are German residents, limited tax liability only applies to transferred assets regarded as "domestic assets" pursuant to the exhaustive list stipulated in section 121 of the German Bewertungsgesetz (Valuation Act, BewG). These include in particular immoveable property located in Germany and liabilities collateralised by domestic property, as well as assets of German business premises (including shares in partnerships) and shares held as a silent partner in a domestic trade company or profit participating loans (partiarische Darlehen) granted to domestic debtors. Furthermore, shares in a domestic corporation also constitute domestic assets if the transferor or testator directly or indirectly held a share of at least 10% (on his/her own or jointly with a related party) before the transfer.

extended limited tax liability

Pursuant to section 4 of the Außensteuergesetz (Foreign Tax Act, AStG), the transferor or testator is subject to what is referred to as "extended limited tax liability" for ten years after the emigration if he/she was a German national before leaving, subject to unlimited tax liability in Germany for a minimum of five out of ten years before leaving and if he/she emigrated to a low-tax country. If in this case a minimum degree of taxation under foreign gift or inheritance tax cannot be evidenced, practically all domestic assets not specified in the list of domestic assets in section 121 BewG are subject to taxation in Germany, including without limitation credit balances held at domestic banks, claims against domestic creditors, shares in domestic corporations (independent of the value of the share) and all moveable assets located in Germany.

Conclusion

expert advice should be sought

If the transferor/testator or transferee emigrated within the last ten years before the assets concerned were transferred, a thorough evaluation is required to determine whether the involved party is subject to gift tax or inheritance tax in Germany. Even if none of the parties involved has ever resided in Germany, expert advice should be sought if the assets to be transferred comprise real estate, shares in companies residing or operating in Germany, shares in German corporations or similar domestic assets.

Author:
Stefan Raster
Lawyer, specialising in tax law
FORUM von Seelstrang & Partner mbB Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer
Brienner Straße 55, 80333 München
www.vonseelstrang-partner.de

DISCLAIMER
We have applied our best knowledge and expertise to compile this newsletter. Due to the complex nature of legislation and the continuous changes it is subject to we have to exclude any liability and warranty. This newsletter does not replace any individual and personal advice.

ARS LEGIS®
INTERNATIONAL

International network of lawyers, patent attorneys, auditors and tax consultants

Austria
15 June 2018

Treatment of losses in Austrian group taxation

The Problem

If corporations (Kapitalgesellschaften under Austrian law: GmbH, AG - roughly comparable to private or public limited companies) incur tax losses, those losses cannot be used for tax purposes by the shareholders in many cases or can be used only to a limited extent. Contrary to partnerships (Personengesellschaften), corporations may only offset their losses against future profits, and those losses do not reduce the tax burden imposed on the shareholders. This often entails dissatisfying overall taxation, especially in the context of the group tax planning.

Offsetting tax losses against profits

unique in Europe

Austrian tax law provides for the option of offsetting losses of a corporation within a group of companies against profits of another group member and thus reducing the total tax burden, which is, according to my knowledge, unique in Europe. This can be done by establishing a tax group.

the group can offset losses vertically and horizontally

The basis for forming a tax group under the Austrian Körperschaftsteuergesetz (Corporate Income Tax Act, KStG) is adequate financial integration (i.e. a share of more than 50% of the capital and a majority of the voting rights) and a group agreement for the purpose of tax loss relief as well as a corresponding application to the tax authority. The company heading the group is referred to as the "group parent" (Gruppenträger). The subsidiaries (group members) with adequate financial integration each determine their taxable incomes, which are subsequently attributed to the group parent, with the total amount forming the group parent's base for calculating corporate income tax. This way, the group can offset losses vertically and horizontally.

subject to subsequent taxation

Group members may be corporations residing within as well as outside of Austria. Companies established in EU Member States are accepted as foreign group members, as are companies established in third countries which have entered into a corresponding agreement on the exchange of information with Austria. In relation to foreign group members, only the attribution of losses is permissible. The losses of foreign group members have to be calculated in accordance with Austrian statute governing the calculation of profits and are subject to specific restrictions. In general, though, foreign losses may be deducted by up to 75% of the domestic profits when determining the group parent's tax base. Foreign losses recognised in Austria in this way are subject to subsequent taxation whenever a tax loss is deductible in the foreign country concerned.

Example

Income of the group parent in Austria in 2018: EUR 200,000, subsidiary A's income (losses) in Austria amounts to EUR -20,000, subsidiary B's income (losses) in Bulgaria amounts to EUR -30,000. In 2018, the group parent pays corporate income tax in the amount of 25% of EUR 150,000 in Austria, which is EUR 37,500. If subsidiary B generates profits of EUR 50,000 in Bulgaria in 2019 and the losses of EUR 30,000 can be deducted in Bulgaria, the losses of EUR 30,000 attributed by the Bulgarian company are subject to subsequent taxation in Austria in 2019.

Conclusion

benefit from favourable taxation schemes in the long term

The intent and purpose of the Austrian corporate taxation system certainly is to offer tax benefits to Austrian companies which expand abroad and incur losses during the startup and initial development phase. In addition, practice in recent years has shown that under specific circumstances and in certain constellations many companies may benefit from favourable taxation schemes in the long term, staying clear of any suspicion of tax avoidance.

Author:
Andreas Horvath
Tax advisor
DIE Wirtschaftstreuhänder – Bauer & Partner Steuerberatung GmbH
Rudolfsplatz 6/5, 1010 Wien
www.diewt.at

DISCLAIMER
We have applied our best knowledge and expertise to compile this newsletter. Due to the complex nature of legislation and the continuous changes it is subject to we have to exclude any liability and warranty. This newsletter does not replace any individual and personal advice.

ARS LEGIS ®
INTERNATIONAL

Vereinigung von Rechts- und Patentanwälten, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern

Deutschland

Die zentralen Register der wirtschaftlichen Eigentümer (Transparenzregister) nach der Vierten Geldwäscherichtlinie

Das Problem

Schaffung von zentralen Registern

Mit der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.05.2015 („Vierte Geldwäscherichtlinie" oder nachfolgend auch „Richtlinie") wurden die Vorgaben für die nationale Gesetzgebung zur Verhinderung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung überarbeitet und erweitert. Eine der Maßnahmen ist dabei die Schaffung von zentralen Registern in jedem Mitgliedstaat, in denen Angaben zu den wirtschaftlichen Eigentümer von juristischen Personen vorgehalten werden (auch bekannt als „Transparenzregister").

Die Vierte Geldwäscherichtlinie war von den Mitgliedsstaaten bis zum 26.06.2017 in nationales Recht umzusetzen. Obwohl diese Frist nunmehr seit gut einem Jahr verstrichen ist, haben einige Mitgliedsstaaten die neuen Vorgaben der Richtlinie bislang noch nicht vollständig umgesetzt.

Einführung von zentralen Registern der wirtschaftlichen Eigentümer (Transparenzregister)

Informationen in einem zentralen Register außerhalb der Gesellschaft speichern

Ziel der Vierten Geldwäscherichtlinie ist der Schutz des Finanzsystems durch Prävention, Aufdeckung und Untersuchung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Nach den Erwägungsgründen der Richtlinie ist das Vorhalten präziser und aktueller Daten zum wirtschaftlichen Eigentümer von juristischen Personen eine wichtige Voraussetzung für das Aufspüren von Straftätern, die ihre Identität ansonsten hinter einer Gesellschaftsstruktur verbergen könnten. Im Interesse größerer Transparenz zwecks Bekämpfung des Missbrauchs von juristischen Personen sollen die Mitgliedstaaten daher sicherstellen, dass Informationen über den wirtschaftlichen Eigentümer in einem zentralen Register außerhalb der Gesellschaft gespeichert werden.

„wirtschaftlicher Eigentümer" = natürliche Person

Als „wirtschaftliche Eigentümer" von Gesellschaften, die zu identifizieren sind und zu denen Angaben in dem zentralen Register vorgehalten werden müssen, gelten nach der Richtlinie alle natürlichen Personen, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle eine juristische Person letztlich steht, sei es über das direkte oder indirekte Halten einer Beteiligung, eines ausreichenden Anteils von Aktien oder Stimmrechten oder durch eine andere Form der Kontrolle; eine Beteiligung oder ein Aktienanteil von mehr als 25% gelten dabei als (unwiderlegbarer) Hinweis auf wirtschaftliches Eigentum.

Angemessene, präzise und aktuelle Angaben einholen und speichern

Nach Art. 30 der Richtlinie sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Gesellschaften oder sonstige juristische Personen angemessene, präzise und aktuelle Angaben zu ihren wirtschaftlichen Eigentümern, einschließlich genauer Angaben zum wirtschaftlichen Interesse, einholen und aufbewahren. Diese Angaben sind ferner in jedem Mitgliedstaat in einem zentralen Register aufzubewahren. Welche Angaben konkret zu speichern sind, gibt die Richtlinie den Mitgliedstaaten nicht vor, jedoch ergibt sich aus den Regelungen zum Umfang der Einsichtsrechte, dass mindestens Name, Monat und Jahr der Geburt, Staatsangehörigkeit und Wohnsitzland des wirtschaftlichen Eigentümers sowie Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses zu speichern sind.

Angaben zugänglich machen für

Die Angaben müssen nach Art. 30 (5) der Richtlinie zugänglich gemacht werden

(a) ohne Einschränkung für die zuständigen Behörden und zentralen Meldestellen,

(b) für Personen, die ihre Kunden im Rahmen der Erfüllung ihrer geldwäscherechtlichen Sorgfaltspflichten identifizieren müssen, sowie

(c) für alle Personen oder Organisationen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen können; nach den Erwägungsgründen soll hierunter ein „legitimes Interesse im Zusammenhang mit Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und damit zusammenhängenden Vortaten wie Bestechung, Steuerstraftaten und Betrug" zu verstehen sein.

In Einzelfällen kann Zugang eingeschränkt werden

Die Mitgliedstaaten können den Zugang von einer Online-Registrierung und der Zahlung einer Gebühr abhängig machen. In Einzelfällen können die Mitgliedstaaten ausnahmsweise den Zugang für Verpflichtete oder sonstige private Personen oder Organisationen einschränken, falls der Zugang den wirtschaftlichen Eigentümer dem Risiko von Betrug, Entführung, Erpressung, Gewalt oder Einschüchterung aussetzen würde oder der wirtschaftliche Eigentümer minderjährig oder anderweitig geschäftsunfähig ist.

Autor:
Stefan Raster
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
FORUM von Seelstrang & Partner mbB Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer
Brienner Straße 55, 80333 München
www.vonseelstrang-partner.de

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Der Inhalt dieses Newsletters ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Dieser Newsletter ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

Auch für Trusts sollen nach Art. 31 der Richtlinie Angaben zum wirtschaftlichen Eigentümer in einem Zentralregister vorgehalten werden, auf das allerdings nur Behörden Zugriff haben sollen.

Fazit

missbräuchliche Beschaffung und Verwendung von persönlichen Daten möglich

Die Einführung von „Transparenzregistern" ist sicherlich zu begrüßen, soweit dadurch einerseits staatlichen Stellen wie Finanzbehörden und Strafverfolgungsbehörden und andererseits Personen und Unternehmen, die geldwäscherechtliche Identifizierungspflichten zu erfüllen haben, die Informationsbeschaffung erleichtert wird. Die vorgesehene Einsichtnahmemöglichkeit auch für private Personen oder Organisationen stößt allerdings auch auf Bedenken, da dadurch eine möglicherweise missbräuchliche Beschaffung und Verwendung persönlicher Daten von wirtschaftlichen Eigentümern ermöglicht wird.

Zugang zu den nationalen Transparenzregistern soll erweitert werden

Zwischenzeitlich haben das Europäische Parlament und der Rat die Richtlinie (EU) 2018/843 vom 30.05.2018 („Fünfte Geldwäscherichtlinie") beschlossen, die von den Mitgliedsstaaten bis zum 10.01.2020 umzusetzen ist. Durch die Fünfte Geldwäscherichtlinie soll der Zugang zu den nationalen Transparenzregistern erweitert und für alle Mitglieder der Öffentlichkeit geöffnet werden, ferner sollen künftig auch die Angaben zu wirtschaftlichen Eigentümern von Trusts und ähnlichen Rechtsvereinbarungen ebenfalls für private Personen zugänglich gemacht werden.

Autor:
Stefan Raster
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
FORUM von Seelstrang & Partner mbB Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer
Brienner Straße 55, 80333 München
www.vonseelstrang-partner.de

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Der Inhalt dieses Newsletters ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Dieser Newsletter ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

ARS LEGIS®
INTERNATIONAL

Vereinigung von Rechts- und Patentanwälten, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern

Österreich

WiEReG – Das wirtschaftliche Eigentümer-Registergesetz

Mit dem Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz (WiEReG) wurden wesentliche Bestimmungen der Europäischen Richtlinie 2015/849 (4. Geldwäscherichtlinie) und der Europäischen Richtlinie 2016/2258 in die österreichische Rechtsordnung umgesetzt, die eine verbindliche Einführung eines Registers der wirtschaftlichen Eigentümer und den Zugang der Steuerbehörden zu den Informationen dieses Registers zum Gegenstand haben.

Geführt wird das Register vom Bundesministerium für Finanzen (BMF). Mit der Einrichtung und dem Betrieb des Registers wurden die Bundesanstalt Statistik Österreich und die Bundesrechenzentrum GmbH beauftragt. Abfragen sind seit dem 2. 5. 2018 möglich; die erstmaligen Meldungen beim Register über die wirtschaftlichen Eigentümer hatten bis spätestens 1. 6. 2018 zu erfolgen.

Aufgrund der intensiven Nutzung des WiEReG-Meldeformulars in den letzten Wochen sind längere Reaktionszeiten des Systems eingetreten. Aus diesem Grund wurde der erste Lauf des automatisationsunterstützten Zwangsstrafverfahrens auf den 16. August 2018 verschoben.

Mit der tabellarischen Aufstellung zur geltenden Rechtslage nach dem WiEReG haben wir für unsere interessierten Kollegen einen Überblick geschaffen, der einen schnellen Einstieg in die komplexe Materie ermöglichen soll. Erläuterungen zu den zahlreichen Gesetzesabkürzungen finden sich im separaten Glossar.

Sinn und Zweck des Registers der wirtschaftlichen Eigentümer § 7 WiEReG

Die Registerbehörde hat zum Zweck **der Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung** ein Register der wirtschaftlichen Eigentümer (Register) als regelmäßig ergänzte, zeitlich geschichtete Datensammlung zu führen (§ 7 Abs1 WiEReG).

Rechtsgrundlage

Mit dem **Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz - WiEReG** (Artikel 2) wird ein Register eingerichtet, in das die wirtschaftlichen Eigentümer von Gesellschaften, anderen juristischen Personen und Trusts (in der Folge Rechtsträger) eingetragen werden. Der Anwendungsbereich des Wirtschaftlichen Eigentümer-Registers wird durch **Art. 30 und 31 der Richtlinie (EU) 2015/849** verbindlich vorgegeben.

Meldepflichtige Tatsachen

§ 5 WiEReG

a) Bei direkten wirtschaftlichen Eigentümern (§ 5 Z 1 WiEReG):

1. Vor- und Zuname;
2. sofern diese über keinen Wohnsitz im Inland verfügen, die Nummer und die Art des amtlichen Lichtbildausweises;
3. Geburtsdatum und Geburtsort;
4. Staatsangehörigkeit;
5. Wohnsitz.

b) Bei indirekten wirtschaftlichen Eigentümern:

1. die Informationen gemäß § 5 Z 1 über den indirekten wirtschaftlichen Eigentümer;
2. sofern es sich bei einem obersten Rechtsträger um einen Rechtsträger gemäß § 1 handelt, die Stammzahl sowie den Anteil an Aktien, Stimmrechten oder die Beteiligung des wirtschaftlichen Eigentümers am obersten Rechtsträger;
3. sofern es sich bei einem obersten Rechtsträger um einen mit § 1 vergleichbaren Rechtsträger mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Drittland handelt, den Namen und den Sitz des Rechtsträgers, die Rechtsform, die der Stammzahl und dem Stammregister entsprechenden Identifikatoren sowie den Anteil an Aktien, Stimmrechten oder die Beteiligung des wirtschaftlichen Eigentümers am obersten Rechtsträger.

(Indirekte wirtschaftliche Eigentümer sind nicht zu melden, wenn deren wirtschaftliches Eigentum durch einen obersten Rechtsträger gemäß § 2 Z 2 und 3 begründet wird, der selbst als Rechtsträger im Register eingetragen ist.)

c) Zu Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses sind für jeden wirtschaftlichen Eigentümer folgende Angaben zu machen:

Autor:
Prof. Dr. Christian Winternitz
WIN LAW Winternitz Rechtsanwalts GmbH
Burgring 1, A-1010 Wien
info@winlaw.at
www.winlaw.at

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Der Inhalt dieses Newsletters ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Dieser Newsletter ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

1. im Fall des § 2 Z 1 lit. a (natürliche Person als Anteilsinhaber), ob der Rechtsträger im Eigentum des wirtschaftlichen Eigentümers steht (unter Angabe des Anteils an Aktien oder der Beteiligung) oder der wirtschaftliche Eigentümer Stimmrechte hält (unter Angabe des Anteils) oder auf andere Weise unter der Kontrolle des wirtschaftlichen Eigentümers steht (unter Angabe ob ein Treuhandschaftsverhältnis vorliegt und ob der wirtschaftliche Eigentümer Treuhänder oder Treugeber ist):

2. im Fall des § 2 Z 1 lit. b (natürliche Person in der Führungsebene), ob der wirtschaftliche Eigentümer der Führungsebene des Rechtsträgers angehört;

3. im Fall des § 2 Z 2 (Trust) welche spezifizierte Funktion der wirtschaftliche Eigentümer innehat oder ob der wirtschaftliche Eigentümer eine andere Form der Kontrolle im Sinn der zitierten Bestimmung ausübt;

4. im Fall des § 2 Z 3 (Stiftung) welche Funktion der wirtschaftliche Eigentümer bei Privatstiftungen oder Stiftungen und Fonds innehat oder ob der wirtschaftliche Eigentümer eine andere Form der Kontrolle im Sinn der zitierten Bestimmung ausübt;

5. in allen übrigen Fällen, dass das wirtschaftliche Eigentum auf sonstige Weise hergestellt wird.

1. Offene Gesellschaften und Kommanditgesellschaften sind von der Meldung befreit, wenn alle persönlich haftenden Gesellschafter natürliche Personen sind. Diesfalls sind die im Firmenbuch eingetragenen persönlich haftenden Gesellschafter von der Bundesanstalt Statistik Österreich als wirtschaftliche Eigentümer zu übernehmen. Wenn eine andere natürliche Person direkt oder indirekt Kontrolle auf die Geschäftsführung der Gesellschaften ausübt, ist eine Meldung erforderlich.

2. Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind von der Meldung befreit, wenn alle Gesellschafter natürliche Personen sind. Diesfalls sind die im Firmenbuch eingetragenen Gesellschafter von der Bundesanstalt Statistik Österreich als wirtschaftliche Eigentümer zu übernehmen, wenn diese eine Beteiligung von mehr als 25 vH halten. Hält kein Gesellschafter eine Beteiligung von mehr als 25 vH, so sind die im Firmenbuch eingetragenen Geschäftsführer von der Bundesanstalt Statistik Österreich als wirtschaftliche Eigentümer zu übernehmen. Wenn eine andere natürliche Person direkt oder indirekt Kontrolle auf die Geschäftsführung der Gesellschaft ausübt, ist eine Meldung erforderlich.

Befreiungen

§ 6 WiEReG

3. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sind von der Meldung befreit. Diesfalls sind die im Firmenbuch eingetragenen Mitglieder des Vorstands oder, sofern auch Geschäftsleiter eingetragen sind, nur die Geschäftsleiter von der Bundesanstalt Statistik Österreich als wirtschaftliche Eigentümer zu übernehmen. Wenn ein Mitglied einen Geschäftsanteil von mehr als 25 vH hält oder eine andere natürliche Person direkt oder indirekt Kontrolle auf die Geschäftsführung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft ausübt, ist eine Meldung erforderlich.

4. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, kleine Versicherungsvereine und Sparkassen sind von der Meldung befreit. Diesfalls sind die im Firmenbuch oder im Ergänzungsregister für sonstige Betroffene eingetragenen Mitglieder des Vorstands von der Bundesanstalt Statistik Österreich als wirtschaftliche Eigentümer zu übernehmen. Wenn eine andere natürliche Person direkt oder indirekt Kontrolle auf die Geschäftsführung einer der vorgenannten Gesellschaften ausübt, ist eine Meldung erforderlich.

5. Vereine sind von der Meldung befreit. Diesfalls sind die im Vereinsregister eingetragenen organschaftlichen Vertreter des Vereins von der Bundesanstalt Statistik Österreich als wirtschaftliche Eigentümer zu übernehmen. Wenn eine andere natürliche Person direkt oder indirekt Kontrolle auf die Geschäftsführung des Vereins ausübt, ist eine Meldung erforderlich.

Wer ist aus dem Transparenzregister verpflichtet?

§ 1 WiEReG

1. offene Gesellschaften;
2. Kommanditgesellschaften;
3. Aktiengesellschaften;
4. Gesellschaften mit beschränkter Haftung;
5. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften;
6. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit;
7. kleine Versicherungsvereine;
8. Sparkassen;
9. Europäische wirtschaftliche Interessensvereinigungen;

Autor:
Prof. Dr. Christian Winternitz
WIN LAW Winternitz Rechtsanwalts GmbH
Burgring 1, A-1010 Wien
info@winlaw.at
www.winlaw.at

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Der Inhalt dieses Newsletters ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Dieser Newsletter ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

10. Europäische Gesellschaften (SE);
11. Europäische Genossenschaften (SCE);
12. Privatstiftungen gemäß § 1 PSG;
13. sonstige Rechtsträger, deren Eintragung im Firmenbuch gemäß § 2 Z 13 FBG vorgesehen ist;
14. Vereine gemäß § 1 VerG;
15. Stiftungen und Fonds gemäß § 1 BStFG 2015;
16. aufgrund eines Landesgesetzes eingerichtete Stiftungen und Fonds, sofern die Anwendung dieses Bundesgesetzes landesgesetzlich vorgesehen ist;
17. Trusts gemäß § 1 Abs. 3, wenn sie vom Inland aus verwaltet werden. Eine Verwaltung im Inland liegt insbesondere dann vor, wenn der Trustee seinen Wohnsitz bzw. Sitz im Inland hat;
18. trustähnliche Vereinbarungen; das sind andere Vereinbarungen, sofern diese in Funktion und Struktur mit einem Trust vergleichbar sind und vom Inland aus verwaltet werden. Eine Verwaltung im Inland liegt insbesondere dann vor, wenn der mit einem Trustee vergleichbare Gewalthaber (Treuhänder) seinen Wohnsitz bzw. Sitz im Inland hat.

Wer führt das Register?

§ 8 WiEReG

Geführt wird das Register vom Bundesminister für Finanzen (BMF). Dieses hat

- die Bundesanstalt Statistik Österreich (über das Unternehmensserviceportal) und
- die Bundesrechenzentrum GmbH

mit der Errichtung, inklusive der Herstellung der erforderlichen Anbindungen, dem Betrieb und der Weiterentwicklung des Registers zu beauftragen.

Wer darf in das Transparenzregister Einsicht nehmen?

§ 9 WiEReG
§ 10 WiEReG

1. Kreditinstitute gemäß § 2 Z 1 FM-GwG und Versicherungsunternehmen gemäß § 2 Z 2 lit. b FM-GwG;
2. Kredit- und Finanzinstitute gemäß § 2 Z 1 und Z 2 FM-GwG, die der Aufsicht der FMA gemäß § 25 Abs. 1 FM-GwG unterliegen, soweit diese nicht unter Z 1 erfasst sind;
3. Finanzinstitute gemäß § 2 Z 2 FM-GwG, die nicht der Aufsicht der Finanzmarktauftischt (FMA) gemäß § 25 Abs. 1 FM-GwG unterliegen;
4. Bundeskonzessionäre gemäß § 14 und § 21 GSpG;
5. Bewilligte für Glücksspielautomaten und Wettunternehmer, die aufgrund einer landesgesetzlichen Bewilligung eingerichtet sind, nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften;
6. Rechtsanwälte;
7. Notare;
8. Wirtschaftsprüfer gemäß § 1 Abs. 1 Z 1 WTBG 2017;
9. Steuerberater gemäß § 1 Abs. 1 Z 2 WTBG 2017;
10. Bilanzbuchhalter, Buchhalter und Personalverrechner gemäß § 1 BiBuG 2014;
11. Handelsgewerbetreibende einschließlich Versteigerer gemäß § 365m1 Abs. 2 Z 1 GewO 1994, soweit sie Zahlungen in bar von mindestens 10 000 Euro annehmen;
12. Immobilienmakler gemäß § 365m1 Abs. 2 Z 2 GewO 1994;
13. Unternehmensberater gemäß § 365m1 Abs. 2 Z 3 GewO 1994;
14. Versicherungsvermittler gemäß § 365m1 Abs. 2 Z 4 GewO 1994;
15. Österreichische Bundesfinanzierungsagentur;
16. Natürliche Personen und Organisationen mit berechtigtem Interesse im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Hinblick auf den einzusehenden Rechtsträger.

Mit Inkrafttreten am 15. Jänner 2018 können Meldungen über das Unternehmensserviceportal des Bundes an das Register übermittelt werden. Die erstmaligen Meldungen an das Register waren bis zum 1. Juni 2018 abzugeben. Einsicht in das Register ist seit dem 2. Mai 2018 möglich.

Weiterführende Informationen

In das Register werden rund 356.000 meldepflichtige Unternehmen eingetragen, die gemäß § 1 WiEReG als Rechtsträger bezeichnet werden.

Aufgrund einer außerordentlich intensiven Nutzung der WiEReG-Meldeformulare sind längere Reaktionszeiten des Systems eingetreten. Aus diesem Grund wurde der erste Lauf des automatisationsunterstützten Zwangsstrafenverfahrens auf den 16. August 2018 verschoben.

Sofern nichts anderes angegeben wird, beziehen sich sämtliche Paragraphenangaben auf das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz (WiEReg)

Autor:
Prof. Dr. Christian Winternitz
WIN LAW Winternitz Rechtsanwalts GmbH
Burgring 1, A-1010 Wien
info@winlaw.at
www.winlaw.at

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Der Inhalt dieses Newsletters ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Dieser Newsletter ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

Glossar

BiBuG	Bilanzbuchhaltungsgesetz
BStFG	Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz
FBG	Firmenbuchgesetz
FM-GwG	Finanzmarkt-Geldwäschegesetz
GewO	Gewerbeordnung
GSpG	Glücksspielgesetz
PSG	Privatstiftungsgesetz
VerG	Vereinsgesetz
WiEReG	Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz
WTBG	Wirtschaftstreuhandberufsgesetz

Autor:
Prof. Dr. Christian Winternitz
WIN LAW Winternitz Rechtsanwalts GmbH
Burgring 1, A-1010 Wien
info@winlaw.at
www.winlaw.at

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Der Inhalt dieses Newsletters ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Dieser Newsletter ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

ARS LEGIS®
INTERNATIONAL

Vereinigung von Rechts- und Patentanwälten, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern

Deutschland

„Transparenzregister" in Deutschland (§§ 18 ff. GwG)

Das Transparenzregister ist in Deutschland im Geldwäschegesetz (GwG) geregelt.

Fragestellung	Antwort
Sinn und Zweck des Transparenzregisters	Das Transparenzregister dient dazu, die wirtschaftlich berechtigten „natürlichen" Personen hinter einer „juristischen" Person zu identifizieren, um den Missbrauch rechtlicher Gestaltungen zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung zu unterbinden
Rechtsgrundlage	Rechtsgrundlage ist der 4. Abschnitt des Geldwäschegesetzes „GwG" (§§ 18 – 26 GwG) zur Umsetzung der sog. „4. EU-Geldwäscherichtlinie (EU-Richtlinie 2015/849 vom 20.05.2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfunktion)".
Meldepflichtige Tatsachen	Nach § 19 GwG sind folgende Angaben über die wirtschaftlich Berechtigten einer juristischen Person i.S. § 20 I Satz 1 GwG oder einer Rechtsgestaltung nach § 21 GwG zu machen, also die dahinterstehenden Inhaber/Begünstigten: (1) Vor- und Nachname des wirtschaftlich Berechtigten; (2) Geburtsdatum des wirtschaftlich Berechtigten; (3) Wohnort des wirtschaftlich Berechtigten und (4) Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses i.S. § 19 III GwG - Beteiligungsverhältnisse, Ausübung von Kontrollbefugnissen (z.B. auch Shareholders-Agreements), - Funktion eines gesetzlichen Vertreters, geschäftsführenden Gesellschafters oder Partner der juristischen Person - Rechtsgestaltung i.S. § 21 GwG (Treuhandvermögen, Stiftung etc.).
Wer ist aus dem Transparenzregister verpflichtet?	Alle juristischen Personen des Privatrechts und eingetragene Personengesellschaften sind zur Einholung der Angaben gem. § 19 I GwG bei ihren Anteilseignern und Meldung an das Transparenzregister verpflichtet, wobei die Meldepflicht als erfüllt gilt, wenn sich die Angaben zum wirtschaftlichen Berechtigten bereits aus elektronischen Registern i.S. §§ 20 II/22 GwG ergeben, beispielsweise aus dem Handelsregister, dem Partnerschaftsregister, dem Genossenschaftsregister, dem Vereinsregister oder dem Unternehmensregister (z.B. Gesellschafterliste einer GmbH). Meldepflichtig sind demgemäß insbesondere alle juristischen Personen des Privatrechts (z.B. AG; GmbH, eingetragene Genossenschaft, eingetragener Verein), aber auch Personengesellschaften wie OHG, KG oder Partnerschaftsgesellschaft, nicht aber die GbR, da diese nicht registerfähig ist. Meldepflichtig sind des Weiteren sog. „Trusts" (Treuhandvermögen und Stiftungen) i.S. § 21 GwG, mit Sitz im Inland (maßgeblich ist der Verwaltungssitz). Die Meldepflicht wird durch die inländischen Vertretungsberechtigten der Gesellschaft bzw. der Stiftung oder des Treuhand-vermögens erfüllt (z.B. Geschäftsführer/Vorstand/Treuhänder).
Wer führt das Register?	Das Transparenzregister wird beim „Bundesanzeigerverlag" geführt (vgl. www.transparenzregister.de), der i.S. § 25 I GwG als sog. „beliehener Unternehmer" durch das Bundesministerium der Finanzen mittels Rechtsverordnung mit der elektronischen Registerführung beauftragt wird. Nach § 25 VI GwG untersteht der Bundesanzeigerverlag in seiner Eigenschaft als beliehener Unternehmer der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesverwaltungsamtes.
Wer darf in das Transparenzregister Einsicht nehmen?	Die Befugnis zur Einsichtnahme regelt sich aus § 23 GwG. Danach sind zur Einsichtnahme berechtigt: Insbesondere:

Autor:
Christof Blauß
Rechtsanwalt u. Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht
Danneckerstraße 58, 70182 Stuttgart
blauss@blaichundpartner.com
www.blaichundpartner.com

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Der Inhalt dieses Newsletters ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Dieser Newsletter ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

- Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (§ 27 ff. GwG)
- Behörden im Sinne § 13 Außenwirtschaftsgesetz
- Strafverfolgungsbehörden
- Bundeszentralamt für Steuern sowie
- örtliche Finanzämter und
- für die Aufklärung, Verhütung und Beseitigung von Gefahren zuständige Behörden, ebenso
- sämtliche Aufsichtsbehörden für die vorgenannten Behörden.

Einsichtsnahmerechte haben des Weiteren die Verpflichteten, sofern dargelegt wird, dass die Einsichtnahme zur Erfüllung notwendiger Sorgfaltspflichten im Sinne § 10 III GwG erfolgt sowie im Übrigen jeder, der ein berechtigtes Interesse zur Einsichtnahme darlegt. Als berechtigtes Interesse dürfte die Geltendmachung von Ansprüchen in einem Zivilprozess nicht ausreichend sein (z.B. Geltendmachung von Durchgriffsansprüchen gegen Gesellschafter nach § 826 BGB o.ä.)

Weiterführende Informationen:

Die Regelungen der §§ 18 ff. GwG lassen eine Vielzahl von Rechtsfragen offen. Deshalb hat das Bundesverwaltungsamt eine 15-seitige Stellungnahme zur Handhabung einer Vielzahl von Fallsituationen verfasst, die unter www.transparenzregister.de" abrufbar ist.

Weiterhin umstritten ist auch die verfassungsrechtliche Tragweite des Transparenzregisters.

Autor:
Christof Blauß
Rechtsanwalt u. Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht
Danneckerstraße 58, 70182 Stuttgart
blauss@blaichundpartner.com
www.blaichundpartner.com

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Der Inhalt dieses Newsletters ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Dieser Newsletter ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

ARS LEGIS®
INTERNATIONAL

International network of lawyers, patent attorneys, auditors and tax consultants

NEWSLETTER

BANK AND CAPITAL MARKETS LAW

Edition 1 / 2018

Index:

1. The central register of beneficial owners (transparency register) under the Fourth Money-Laundering Directive
   - I. The Problem
   - II. Introduction of central registers of beneficial owners (transparency registers)
   - III. Conclusion
2. The Austrian Beneficial Owners' Register Act (WiEReG)
   - I. Table on the legal position created under the WiEReG
   - II. Glossary
3. "Transparency register" in Germany (sections 18 ff. Money-Laundering Act)
   - I. Questions and answers
   - II. Further information

ARS LEGIS®
INTERNATIONAL
International network of lawyers, patent attorneys, auditors and tax consultants

Germany

The central register of beneficial owners (transparency register) under the Fourth Money-Laundering Directive

The Problem

creation of central registers

Directive (EU) 2015/849 of the European Parliament and of the Council of 20 May 2015 ("Fourth Money-Laundering Directive" or simply the "Directive") revised and extended the results which must be achieved by national laws to prevent money laundering and terrorism financing. One of these measures is the creation of central registers (also known as "transparency registers") in each Member State which provide information on the beneficial ownership of legal entities.

The Fourth Money-Laundering Directive was due for implementation into national law in the Member States by 26 June 2017. Although this deadline is now over a year old, some Member States have still not fully implemented the new provisions of the Directive.

Introduction of central registers of beneficial owners (transparency registers)

information is stored in a central register located outside the company

The objective of the Fourth Money-Laundering Directive is the protection of the financial system by preventing, detecting and investigating money laundering and terrorist financing. The Directive recitals state that the need for accurate and up-to-date information on the beneficial owner of legal entities is a key factor in tracing criminals who might otherwise hide their identity behind a corporate structure. With a view to enhancing transparency in order to combat the misuse of legal entities, Member States are therefore required to ensure that beneficial ownership information is stored in a central register located outside the company.

"beneficial owners" = natural person

Under the Directive, the "beneficial owners" of companies who must be identified and information about whom must be held in the central register are all natural persons who ultimately own or control a legal entity through direct or indirect ownership of a sufficient percentage of the shares or voting rights or through control via other means; a shareholding or ownership interest of more than 25% is deemed to be an (irrefutable) indication of beneficial ownership.

hold adequate, accurate and current information

Article 30 of the Directive requires Member States to ensure that corporate and other legal entities obtain and hold adequate, accurate and current information on their beneficial ownership, including the details of the beneficial interests held. This information must also be held in a central register in each Member State. The Directive does not tell the Member States what precise information must be held. However, the Directive provisions on the scope of access rights are such that this information must include at least the name, the month and year of birth, the nationality and the country of residence of the beneficial owner as well as the nature and extent of the beneficial interest held.

information on beneficial ownership is accessible

Article 30(5) of the Directive requires that the information on beneficial ownership is accessible
(a) to competent authorities and FIUs (Financial Investigation Units), without any restriction;
(b) to persons who are obliged to identify their clients in order to meet their due diligence duties under money laundering law; and
(c) to any person or organisation that can demonstrate a legitimate interest; according to the recitals this includes "a legitimate interest with respect to money laundering, terrorist financing, and the associated predicate offences, such as corruption, tax crimes and fraud".

In certain cases Member States may exceptionally restrict access

Member States are empowered to charge a fee for access to an online register. In certain cases Member States may exceptionally restrict access for obliged entities or other private persons or organisations if access would expose the beneficial owner to the risk of fraud, kidnapping, blackmail, violence or intimidation, or if the beneficial owner is a minor or otherwise incapable.
Article 31 of the Directive also requires that trusts obtain and hold information on beneficial ownership in a central register to which, however, only public authorities may have access.

Author:
Stefan Raster
Attorney-at-Law, Specialist in Tax Law
FORUM von Seelstrang & Partner mbB Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer
Brienner Straße 55, 80333 Munich
www.vonseelstrang-partner.de

DISCLAIMER
The contents of this newsletter have been prepared to the best of our knowledge. Liability and warranty must be excluded owing to the complexity and permanent process of change in legal matters. This newsletter cannot substitute for personal advice.

Conclusion

opens the door to the potential improper procurement and misuse of the personal data

The introduction of "transparency registers" is certainly a positive development to the extent that this makes it easier for government agencies, such as tax and law enforcement authorities as well as individuals and companies which are required to comply with the identification obligations, to obtain information. The access which it is envisaged private persons or organisations will have to registers is, however, of some concern as this opens the door to the potential improper procurement and misuse of the personal data of beneficial owners.

is intended to provide wider access to national transparency registers

The European Parliament and the Council have since adopted Directive (EU) 2018/843 of 30 May 2018 ("Fifth Money-Laundering Directive"), which must be implemented by Member States by 10 January 2020. The Fifth Money-Laundering Directive is intended to provide wider access to national transparency registers, including for all members of the general public. In addition, information about the beneficial owners of trusts and similar legal arrangements will also be made accessible to private persons.

Author:
Stefan Raster
Attorney-at-Law, Specialist in Tax Law
FORUM von Seelstrang & Partner mbB Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer
Brienner Straße 55, 80333 Munich
www.vonseelstrang-partner.de

DISCLAIMER
The contents of this newsletter have been prepared to the best of our knowledge. Liability and warranty must be excluded owing to the complexity and permanent process of change in legal matters. This newsletter cannot substitute for personal advice.

ARS LEGIS ®
INTERNATIONAL

International network of lawyers, patent attorneys, auditors and tax consultants

Austria

The Austrian Beneficial Owners' Register Act (WiEReG)

The Austrian Beneficial Owners' Register Act (WiEReG) implements key provisions of European Directive 2015/849 (Fourth Money-Laundering Directive) and European Directive 2016/2258 into Austria's national law. This law concerns the binding introduction of a register of beneficial owners and access by tax authorities to the information contained in it.

The register is held by the Ministry of Finance (BMF). The task of establishing and running the register has been given to Statistics Austria (Bundesanstalt Statistik Österreich) and Bundesrechenzentrum GmbH. Searches have been possible since 2 May 2018. Initial filings of information about beneficial owners had to be made by 1 June 2018 at the latest.

Lengthy response times have now accumulated owing to the intensive use made of the WiEReG filing form in recent weeks. For this reason, the initial start of semi-automated compulsory criminal proceedings has been postponed until 16 August 2018.

The following table on the legal position created under the WiEReG provides an overview for all those of our colleagues who are interested in a brief introduction to the complex issues involved. Explanations of the numerous legislative abbreviations can be found in a separate glossary.

Purpose and rationale of the register of beneficial owners

Section 7 WiEReG

The register authority has set up a register of beneficial owners as a regularly updated chronological data collection with the aim of **preventing the use of the financial system for the purposes of money laundering and terrorist financing** (section 7(1) WiEReG).

Legal bases

The **Beneficial Owners' Register Act - WiEReG** (Article 2) sets up a register of the beneficial owners of companies, other legal entities and trusts (entities). The scope of the Beneficial Owners' Register Act is stipulated in binding form in **Articles 30 and 31 of Directive (EU) 2015/849.**

Facts which must be reported

Section 5 WiEReG

a) Direct beneficial owners (section 5 No. 1 WiEReG):

1. First and last name
2. If the person concerned is not a resident in Austria, he or she must also provide the number and type of their official identity papers
3. Date and place of birth
4. Nationality
5. Place of residence

b) Indirect beneficial owners:

1. The information stipulated in section 5 No. 1 on the indirect beneficial owner
2. If the top entity falls within the category of entities in section 1, the register number as well as the shareholdings, voting rights or ownership interest of the beneficial owners in the top entity
3. If the top entity is an entity which is equivalent to an entity under section 1 which has its head office in another Member State or a third country, the name and registered office of the entity, its legal form, identifiers which are equivalent to the register number and register as well as the shareholdings, voting rights or ownership interest of the beneficial owners in the top entity.

(Information on indirect beneficial owners does not have to be filed if their beneficial ownership results from a top entity under section 2 Nos. 2 and 3 which is itself entered as an entity in the register.)

c) The following information must be provided about the type and scope of beneficial ownership of each beneficial owner:

1. In the case of section 2 No. 1 a (natural person as shareholder), whether the entity is the property of the beneficial owner (stating the shareholding or ownership interest) or whether the beneficial owner has voting rights (stating the share) or is under the control of the beneficial owner in any other way (stating whether a trust relationship applies and whether the beneficial owner is the trustee or the beneficiary of the trust).

Author:
Prof. Dr. Christian Winternitz
WIN LAW Winternitz Rechtsanwalts GmbH
Burgring 1, A-1010 Wien
info@winlaw.at
www.winlaw.at

DISCLAIMER
The contents of this newsletter have been prepared to the best of our knowledge. Liability and warranty must be excluded owing to the complexity and permanent process of change in legal matters. This newsletter cannot substitute for personal advice.

2. In the case of section 2 No. 1 b (natural person in senior management), whether the beneficial owner is a member of the entity's senior management.
3. In the case of section 2 No. 2 (trust), the specified function of the beneficial owner or whether the beneficial owner exercises any other form of control within the meaning of the cited provision.
4. In the case of section 2 No. 3 (foundation), the function of the beneficial owner in private foundations or foundations and funds or whether the beneficial owner exercises any other form of control within the meaning of the cited provision.
5. In all other cases in which beneficial ownership is established in some other way.

1. Partnerships and limited partnerships do not have to file information if all the personally liable partners are natural persons. In this case, the personally liable partners who are entered in the company register must be counted by Statistics Austria as beneficial owners. Information on any other natural person who exercises direct or indirect control of the company management must be filed.

2. Limited liability companies are not required to file information if all the personally liable partners are natural persons. In this case, shareholders who are entered in the company register and who hold more than 25% of the shares must be counted by Statistics Austria as beneficial owners. If no shareholder holds more than 25% of the shares, the managing directors who are entered in the company register must be counted by Statistics Austria as beneficial owners. Information about any other natural person who exercises direct or indirect control of the company management must be filed.

Exemptions

Section 6 WiEReG

3. Cooperative and economic societies are not required to file information. In this case, the members of the management board who are entered in the company register or, if managing directors are also entered, only the managing directors must be counted by Statistics Austria as beneficial owners. Information must be filed if a member holds more than 25% of the shares or if any other natural person exercises direct or indirect control of the management of the cooperative and economic society.

4. Mutual insurance undertakings, small insurance associations and savings banks (Sparkassen) are not required to file information. In this case, the members of the board who are entered in the company register or the supplementary register must be counted by Statistics Austria as beneficial owners. Information about any other natural person who exercises direct or indirect control of the company management of one of the above companies must be filed.

5. Clubs and associations are not required to file information. In this case, the representatives of the club or association who are entered in the register of associations must be counted by Statistics Austria as beneficial owners. Information about any other natural person who exercises direct or indirect control of the management of a club or association must be filed

Who must be included in the transparency register?

Section 1 WiEReG

1. Partnerships
2. Limited partnerships
3. Stock corporations
4. Limited liability companies
5. Cooperative and economic societies
6. Mutual insurance undertakings
7. Small insurance associations
8. Savings banks (Sparkassen)
9. European Economic Interest Groupings
10. European companies (SE)
11. European cooperative societies (SCE)
12. Private foundations, under section 1 PSG
13. Other entities which must be entered in the company register under section 2 No. 13 FBG
14. Clubs and associations under section 1 VerG
15. Foundations and funds under section 1 BStFG 2015
16. Foundations and funds set up under a state law in those cases in which the federal law applies at the state level
17. Trusts under section 1(3), if their administration is located in Austria. A trust is deemed to have its administration located in Austria in particular in those cases in which the trustee is resident or has its head office in Austria
18. Arrangements similar to trusts; these are other arrangements, provided that their function and structure is comparable to that of a trust and its administration is located in Austria.

Author:
Prof. Dr. Christian Winternitz
WIN LAW Winternitz Rechtsanwalts GmbH
Burgring 1, A-1010 Wien
info@winlaw.at
www.winlaw.at

DISCLAIMER
The contents of this newsletter have been prepared to the best of our knowledge. Liability and warranty must be excluded owing to the complexity and permanent process of change in legal matters. This newsletter cannot substitute for personal advice.

An arrangement similar to a trust is deemed to have its administration located in Austria, in particular in those cases in which the empowered manager comparable to a trustee is resident or has its head office in Austria.

Who holds the register?

Section 8 WiEReG

The register is held by the Ministry of Finance (BMF). The Ministry must delegate responsibility for setting up (including the required connections), running and developing the register to

- Statistics Austria (via the company service portal) and
- Bundesrechenzentrum GmbH.

Who has access to the transparency register?

Section 9 WiEReG
Section 10 WiEReG

1. Credit institutions under section 2(1) FM-GwG and insurance undertakings under section 2 No. 2 b FM-GwG
2. Credit and financial institutions under section 2 No. 1 and No. 2 FM-GwG which are subject to monitoring by the FMA under section 25(1) FM GwG provided that these are not included in No. 1
3. Financial institutions under section 2 No. 2 FM-GwG which are not subject to monitoring by the FMA under section 25(1) FM-GwG
4. Gambling licensees under sections 14 and 21 GSpG
5. Licensees for gaming machines and betting operators set up under state laws in accordance with the laws which apply at the state level
6. Lawyers
7. Notaries
8. Auditors under section 1(1) No. 1 WTBG 2017
9. Tax consultants under section 1(1) No. 2 WTBG 2017
10. Accountants, bookkeepers and payroll accountants under section 1 BiBuG 2014
11. Business traders, including auctioneers under section 365m1(2) No. 1 GewO 1994, who accept payments in cash of at least 10,000 euros
12. Real estate agents under section 365m1(2) No. 2 GewO 1994
13. Business consultants under section 365m1 (2) No. 3 GewO 1994
14. Insurance brokers under section 365m1(2) No. 4 WTBG 1994
15. Austrian Federal Financial Agency
16. Natural persons and organisations who have a legitimate interest in connection with the prevention of money laundering and terrorist financing in relation to the entity.

More information

Upon entry into force of the Act on 15 January 2018 information could be filed in the register via the federal company service portal. Initial filings for the register had to be made by 1 June 2018. Access to the register has been possible since 2 May 2018.

Around 356,000 companies which are required to file information have been entered in the register; under section 1 WiEReG these are referred to as entities.

Lengthy response times have now accumulated owing to the intensive use made of the WiEReG notification form. For this reason, the initial start of semi-automated compulsory criminal proceedings has been postponed until 16 August 2018.

Unless otherwise stated, all sections quoted refer to the Beneficial Owners' Register Act ('WiEReg')

Author:
Prof. Dr. Christian Witernitz
WIN LAW Witernitz Rechtsanwalts GmbH
Burgring 1, A-1010 Wien
info@winlaw.at
www.winlaw.at

DISCLAIMER
The contents of this newsletter have been prepared to the best of our knowledge. Liability and warranty must be excluded owing to the complexity and permanent process of change in legal matters. This newsletter cannot substitute for personal advice.

Glossary

BiBuG	Bilanzbuchhaltungsgesetz (Accountancy Act)
BStFG	Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz (Federal Foundations and Funds Act)
FBG	Firmenbuchgesetz (Company Register Act)
FM-GwG	Finanzmarkt-Geldwäschegesetz (Financial Market Money-Laundering Act)
GewO	Gewerbeordnung (Trade Regulations)
GSpG	Glücksspielgesetz (Gambling Act)
PSG	Privatstiftungsgesetz (Private Foundations Act)
VerG	Vereinsgesetz (Club and Association Act)
WiEReG	Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz (Beneficial Owners' Register Act)
WTBG	Wirtschaftstreuhandberufsgesetz (Business Trustee Professions Act)

Author:
Prof. Dr. Christian Winternitz
WIN LAW Winternitz Rechtsanwalts GmbH
Burgring 1, A-1010 Wien
info@winlaw.at
www.winlaw.at

DISCLAIMER
The contents of this newsletter have been prepared to the best of our knowledge. Liability and warranty must be excluded owing to the complexity and permanent process of change in legal matters. This newsletter cannot substitute for personal advice.

ARS LEGIS®
INTERNATIONAL

International network of lawyers, patent attorneys, auditors and tax consultants

Germany

"Transparency register" in Germany (sections 18 ff. Money-Laundering Act)

The transparency register in Germany is governed by the Money Laundering Act (GwG).

Question	Answer
What is the purpose and rationale of the transparency register?	The aim of the transparency register is to identify the 'natural' persons who are the beneficial owners of "legal" entities and to prevent legal arrangements being misused for the purpose of laundering money or financing terrorism
Legal base	The legal base is section 4 of the Money Laundering Act "GwG" (sections 18 – 26 GwG) which implements the "Fourth EU Money Laundering Directive (Directive (EU) 2015/849 of 20 May 2015 on the prevention of the use of the financial system for the purposes of money laundering or terrorist financing)".
Information which must be filed	Section 19 GwG requires that the following information about the beneficial owner of a legal entity within the meaning of section 20 I sentence 1 GwG or a legal construction under section 21 GwG is filed, i.e. information about the ultimate owner beneficiary. (1) First and last name of the beneficial owner; (2) Date of birth of the beneficial owner; (3) Residence of the beneficial owner; and (4) Type and scope of the beneficial interest within the meaning of section 19 III GwG - Ownership interests, exercise of powers of control (e.g. including shareholders agreements). - Function of a legal representative, managing shareholder or partner of the legal entity - Legal construction within the meaning of section 21 GwG (trust assets, foundation, etc.).
Who must be included in the transparency register?	All legal persons governed by private law and registered partnerships are required to obtain the information stipulated in section 19 I GwG from their shareholders and to file this information with the transparency register. This duty to file information is deemed to have been met if the information about the beneficial owners is already in the electronic registers within the meaning of sections 20 II/22 GwG, i.e. in the commercial register, the registry of partnerships, the register of cooperative associations, the register of clubs and associations or the business register (e.g. list of a GmbH's shareholders). This means that information must be filed in particular by all legal persons governed by private law (e.g. stock corporations (AG); limited liability companies (GmbH), registered cooperatives, registered clubs or associations) as well as by partnerships in the form of OHGs, KGs or partnership companies, but not however by civil-law partnerships (GbR), as these entities cannot be registered. Trusts (trust assets and foundations) within the meaning of section 21 GwG which have their head office in Germany (determined by the location of the administration) must also file. The duty to file information must be fulfilled by the persons authorised to represent the company, foundation or trust asset in Germany (e.g. managing director/board/trustee).
Who holds the register?	The transparency register is held by the Federal Gazette publishing house (Bundesanzeigerverlag, www.transparenzregister.de) which, under section 25 I GwG, has been publicly appointed to keep electronic registers under an ordinance issued by the Federal Ministry of Finance. Under section 25 VI GwG, the Federal Gazette publishing house exercises legal and technical supervision on behalf of the Federal Office of Administration (Bundesverwaltungsamt) in its function as a private enterprise charged with the performance of state duties.
Who has access to the transparency register?	Authority to access the register is stipulated in section 23 GwG. Accordingly, access is available in particular to:

Author:
Christof Blauß
Attorney-at-Law and Legal Specialist in Bank and Capital Markets Law
Danneckerstraße 58, 70182 Stuttgart
blauss@blaichungpartner.com
www.blaichundpartner.com

DISCLAIMER
The contents of this newsletter have been prepared to the best of our knowledge. Liability and warranty must be excluded owing to the complexity and permanent process of change in legal matters. This newsletter cannot substitute for personal advice.

- FIU - Financial Intelligence Unit (section 27 ff. GwG)
- Public authorities within the meaning of section 13 Foreign Trade and Payments Act (Außenwirtschaftsgesetz)
- Law enforcement authorities
- Federal Central Tax Office (Bundeszentralamt für Steuern)
- Local tax authorities
- The competent authorities for the investigation, prevention and removals of dangers
- All the supervisory authorities responsible for these authorities

Obliged entities also have access provided that they demonstrate that access is required in order to comply with essential due diligence procedures within the meaning of section 10 III GwG; access is also available to anyone else who can demonstrate that they have a legitimate interest. The pursuit of claims in civil proceedings (e.g. enforcement claims against shareholders under section 826 German Civil Code (BGB) or similar) may not be sufficient to constitute a legitimate interest.

Further information:

The provisions of sections 18 ff. GwG leave a number of legal issues unanswered. The Federal Office of Administration has responded to this situation by publishing a 15-page commentary on how to deal with a number of specific cases; this is available at www.transparenzregister.de.

The constitutional implications of the transparency register also remain a matter of contention.

Author
Christof Blauß
Attorney-at-Law and Legal Specialist in Bank and Capital Markets Law
Danneckerstraße 58, 70182 Stuttgart
blauss@blaichundpartner.com
www.blaichundpartner.com

DISCLAIMER
The contents of this newsletter have been prepared to the best of our knowledge. Liability and warranty must be excluded owing to the complexity and permanent process of change in legal matters. This newsletter cannot substitute for personal advice.

ANWALTSSOCIETÄT
SATTLEGGER I DORNINGER I STEINER &
PARTNER

Die Entscheidungen und Themen wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Eine Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann nicht übernommen werden. Die enthaltenen Informationen in dieser Unterlage sind allgemeiner Natur und nicht auf die spezielle Situation einer einzelnen Person oder juristischen Person ausgerichtet